

Viele verschiedene Organisationen leisten einen enorm hohen Beitrag an die Verbesserung der Lebensqualität in den Basler Quartieren. Nebst den kirchlichen, sportlichen und kulturellen Akteuren sind dies auch die Neutralen Quartiervereine. Zusätzlich entstanden in den letzten Jahren die Quartierkoordinationen, die sich weitgehend ebenfalls selbst finanzieren. Daneben existieren die privat getragenen Quartiertreffpunkte, die von der öffentlichen Hand subventioniert werden.

Jüngst traten nun die staatlichen Stadtteilsekretariate auf den Plan. Diese übernehmen zum Teil die gleichen Aufgaben wie bereits existierende private Institutionen. Die Erfahrung mit dem Stadtteilsekretariat Kleinbasel zeigt nun aber deutlich, dass die Stadtteilsekretariate die ihnen zugeschriebene Rolle nicht zur Zufriedenheit der privaten Quartierorganisationen wahrnehmen. So stösst auch die Ankündigung, die Quartierkoordination St. Johann in ein Stadtteilsekretariat Grossbasel-West auszubauen, bei vielen Quartierorganisationen auf Ablehnung.

Während der Kanton seine Stadtteilsekretariate ausbaut, versagt er den privaten Organisationen Subventionserhöhungen. Dabei ist es angesichts der begrenzten Mittel sicher richtig, einen finanziellen Ausbau auch in diesem Bereich kritisch zu hinterfragen. Indes sollte der Kanton bei den eigenen Quartierorganisationen die gleichen Massstäbe anlegen wie bei jenen der privaten Hand.

Dem nicht genug, scheint jüngst einmal mehr auch die Kommunikation versagt zu haben. Offenbar wurden verschiedenen Quartiertreffpunkten höhere Mittel in Aussicht gestellt, dies dann später aber widerrufen.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

- Welche Mittel (2008 bis 2011) investiert der Kanton insgesamt sowie aufgeteilt nach privaten und eigenen Betrieben im Bereich der Quartierarbeit – und wie rechtfertigt er eine allfällige absolute oder relative Umverteilung zugunsten seiner eigenen Institutionen?
- Geht der Regierungsrat mit dem Interpellanten einig, dass in Bereichen, wo sich die Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich engagieren, der Kanton keine eigenen Konkurrenzorganisationen schaffen sollte?
- Trifft es zu, dass das Präsidialdepartement – wie schon bei der Casinogesellschaft und anderen Kulturinstitutionen – auch bei privaten Quartierorganisationen Mehrgelder in Aussicht gestellt, dies dann aber nicht eingelöst hat?
- Trifft es zu, dass die Verantwortlichen des Quartiertreffpunkts Bruderholz (QuartierOASE) seitens des Kantons geradezu aktiv dazu gedrängt worden sind, eine Subventionserhöhung zu beantragen, dann während Monaten die Antwort ausblieb, um das Begehren schliesslich abschlägig zu beantworten?
- Trifft es zu, dass der Regierungspräsident in Anwesenheit sämtlicher Quartiertreffpunktverantwortlichen davon sprach, dass "die Bürgerlichen" mittels Steuersenkungen die Mittel entziehen würden – und der Regierungspräsident damit nicht nur seine überparteiliche Rolle verletzt, sondern letztlich auch die Finanzpolitik der Gesamtregierung desavouiert hat?

Ernst Mutschler